

Soll die AfD eine multiethnische Partei werden?

Martin Lichtmesz - 27. November 2020

Vor vierzehn Jahren erschien in der *Sezession* ein Interview mit dem Bevölkerungswissenschaftler Josef Schmid (1937-2018).

Schmid war damals neben Herwig Birg einer der meistbefragten Experten zum Thema Demographie, Geburtenschwund und Einwanderung. Er äußerte sich zur „Demographie des Verschwindens“:

Das sogenannte „Aussterben der Deutschen“ ist also keine Fiktion, kein Schreckensbild, keine Wahnvorstellung, die man beliebig belächeln und bekichern kann. Es ist das Menetekel an der Wand einer Gesellschaft oder gar eines Kontinents, der auf dem Wege ist, Aufklärung mit Nihilismus zu verwechseln. Die besagte demographische Implosion, der sich verstärkende Bevölkerungsschwund, beginnt - nach unveränderter Lage der Dinge - zwischen 2005 und 2010. Deutschland wird es nicht mehr gelingen, die sich weitende Geburtenlücke mit Zuwanderung zu füllen.

Schmid vertrat nun die Ansicht, daß Einwanderung dringend benötigt werde, um die kapitalistische Fitness Deutschlands aufrechtzuerhalten, gleichzeitig war er sich bewußt, daß man hier nicht auf beliebiges Menschenmaterial zurückgreifen kann. Der Import aus osteuropäischen Nachbarländern wäre leider keine Option, denn diese wurden allenfalls „Lückenfüller am Arbeitsmarkt schicken, die aber zum Wochenende wieder nach Hause fahren“, und sich ansonsten in der gleichen demographischen Abwärtsspirale befinden.

„So bleibt also nur in asiatischen und nordafrikanischen Räumen ein Reservoir an möglichen Einwanderern“, konstatierte Schmid, seltsamerweise die schwarzafrikanischen Räume, die besonders stark von der Bevölkerungsexplosion betroffen sind, ignorierend. Der Rückgriff auf diese Reservoirs könne jedoch unmöglich funktionieren, denn mit diesen „holen wir uns eine negative soziökonomische Kulturdynamik ins Land.“

Ich versuche es etwas direkter als Schmid zu sagen: Wenn man tatsächlich meint, demographische Defizite per Einwanderung auffüllen zu müssen, während man die Nation auf demselben Wirtschafts- und Kulturniveau halten will, dann kann das allenfalls mit Menschen sehr ähnlicher ethnokultureller Herkunft gelingen.

Nähme man Schmid's Bedenken ernst, müßte man Unterscheidungen nicht nur meritokratischer, sondern auch ethnokultureller und damit natürlich auch rassistischer Natur treffen, etwa die Einwanderung von Muslimen oder Schwarzafrikanern stark beschränken oder überhaupt untersagen. In letzter Konsequenz jedoch auch die Einwanderung von Asiaten, die in der Regel intelligenter, fleißiger und anpassungsfähiger als die zuvor genannten sind, denn auch sie sind dazu imstande, das Gesicht und den Charakter einer Nation grundlegend zu verändern, wenn sie sich in großen Zahlen ansiedeln und ihre Loyalität und Identifikation eher ihren Heimatländern gilt (in Kanada haben Chinesen ganze Großstädte übernommen, etwa Vancouver).

Wie ist aber die ethnische Zusammensetzung der Migrationshintergründer in Deutschland beschaffen? Leute BpB haben heute 26,2% der Wohnbevölkerung „Migrationshintergrund“. Von diesen 21,2 Millionen sind 10,1 Millionen Ausländer (12,4%), 11,1 Millionen deutsche Staatsbürger (13,6%, wobei der Migrationshintergrund statistisch nach spätestens drei Generationen verschwindet).

Die meisten der 21,2 Millionen Personen mit Migrationshintergrund stammten im Jahr 2019 aus der Türkei (13,3 Prozent), gefolgt von Polen (10,5 Prozent), Russland (6,5 Prozent), Rumänien und Italien (4,8 bzw. 4,1 Prozent). Kasachstan und Syrien sind mit Anteilen von 5,9 bzw. 4,0 Prozent die wichtigsten nicht-europäischen Herkunftsländer (immer bezogen auf das eigene Geburtsland bzw. das Geburtsland der Eltern).

Das sind etwa 50% der Migrationshintergründer - falls jemand bestimmte Gruppen, deren Vertreter öfter in den Medien aufscheinen, vermißt hat. Auch hier gilt es, die Art und Qualität des

Migrationshintergrunds zu berücksichtigen: Die Anwesenheit von z.B. einer Millionen Polen oder einer Million orthodoxer Christen wird wesentlich andere Auswirkungen auf das soziale und kulturelle Gefüge eines westlichen Landes haben als z.B. die Anwesenheit einer Million Schwarzafrikaner oder sunnitischer Muslime.

Dies könnte man sich nun genauer anschauen, und sich fragen, in welcher dieser ethnischen Gruppen über vereinzelte Stimmen hinaus „etwas zu holen“ sei (viele dieser „Russen“, „Polen“ und „Rumänen“ sind übrigens volksdeutsche Spätaussiedler). Man kann aber auch eruieren, bei welchen Gruppen eher geringe Chancen bestehen, sie für die AfD zu gewinnen (auf die am stärksten vertretene Gruppe sollte man eher nicht zählen).

All dies im Hinterkopf kann man erkennen, daß Klonovsky mit Beständen rechnet, die gar nicht vorhanden sind (jedenfalls nicht für die AfD), wenn er schreibt:

Einwanderer passen sich normalerweise dem Habitus der Aufnahmegesellschaft an und verändern diese dabei unmerklich. Dieser Vorgang ist allein schon im Eigeninteresse der Einwanderer mit der zweiten Generation abgeschlossen. Wenn sich solche Prozesse sozusagen tröpfchenweise vollziehen, erzeugen sie kaum Probleme, und so ist es im nachantiken Europa auch immer gewesen. Vollzieht sich dieser Prozess hingegen zu schnell, kann oder will sich die neue Gruppe nicht einfügen – integrieren muss sich immer der Einwanderer selber – und bildet ein separiertes eigenes Milieu. Ein von Zurechnungsfähigen geführtes Land wird das politisch verhindern. Und diejenigen Einwanderer, die Deutschland als Heimat angenommen haben, sind dafür weit bessere Verbündete als etwa die Grünen und deren Klientel oder die Merkel-Lemminge bzw. -Lemuren.

Das ist ein ideales Modell, das sich realiter so leider nicht abgespielt hat. Auch ein so Gott will dereinst von „Zurechnungsfähigen geführtes Land“ müßte eine Politik der Remigration ins Auge fassen, um eine Gesellschaft zu ermöglichen, wie sie Klonovsky im Auge hat, müßte allmählich umkehren, was sich in Jahrzehnten akkumuliert hat an „separierten Milieus“.

Entscheidend ist nicht nur die Schnelligkeit des Aufnahmeprozesses, sondern auch Wesen und Art der Einwanderer. Bei entsprechend heterogener Herkunft wird der „Habitus der Aufnahmegesellschaft“ auch nach zwei oder drei Generationen nicht angenommen, und selbst eine teilweise Übernahme dieses Habitus oder eine Anpassung an bestimmte kulturelle oder ökonomische Normen bedeutet keine automatische Identifikation oder Solidarität mit der „Aufnahmegesellschaft“, oder konkreter gesagt: dem angestammten Volk.

Im Gegenteil kann sich hier der Konkurrenz- und Verteilungskampf noch verschärfen, und schlimmstenfalls wird der Laden eines Tages übernommen und der „Personalwechsel“ noch effizienter vollzogen werden. Deutschland „als Heimat angenommen“ bedeutet dann, daß es für die Interessen der eigenen ethnischen Gruppe besetzt, besiedelt und vereinnahmt wird. Es wird zum Beutewert, der von den ethnischen Gruppen aufgeteilt wird. Für die Multikulturalisten sind diese Gruppen willkommene Agenten der Zersetzung des traditionellen Volks- und Nationalstaatsbegriffs. „Integration“ bedeutet für sie wachsende öffentliche Repräsentanz der Minderheiten im öffentlichen Raum (amerikanisch „diversity“).

Und was ist heute der „Habitus der Aufnahmegesellschaft“, was ihre „Leitkultur“? Doch wohl jener der „bunten“ und „weltoffenen“ Gesellschaft, des Amalgams aus Merkels CDU und grüner Ideologie, die heute für den Großteil der deutschen Gesellschaft charakteristisch ist, und den inzwischen auch Muslimbrüder mit Leichtigkeit annehmen, wenn es ihren Interessen dient und sie in Talkshows eine gute Figur machen müssen. Migrantinnen aller Art, ob europäische oder nichteuropäische, fühlen sich von der bundesdeutschen „Weltoffenheit“ angesprochen, umschmeichelt, begünstigt. Sie werden als wertvolle Ressource und Importartikel gehandelt, um das säkulare Projekt der „Verbundung“ voranzutreiben. Das „multikulturalistische“ Gesellschaftsmodell stellt ihnen Aufstiegschancen, soziale Aufwertung und einen erklecklichen Anteil von dem Kuchen in Aussicht, den die Deutschen über Generationen hinweg gebacken haben.

Zu dieser Art von „Leitkultur“ gehört auch, unablässig „Rassismus“ zu bejammern und sich am Abholzen von allem zu beteiligen, was noch da ist an positivem deutschen Nationalgefühl, Selbstbewußtsein und Selbstbehauptungswillen. Die Migrantinnen, die sich in dieses lukrative und staat-

lich geförderte Business eingekauft haben, etwa als Publizisten, Journalisten und Aktivisten, zählen inzwischen Legion.

Die deutsche Regierung propagiert unablässig das Heraufdämmern einer goldenen postnationalen Zukunft, in der der Begriff „Migrationshintergrund“ obsolet ist, da die Menschen dann allesamt „so 'gemischt' sind, dass jeder einen Migrationshintergrund hat“ (so die berüchtigte Broschüre *Dialoge Zukunft: Vision 2050*). Es leuchtet ein, daß das auf sehr viele Migrationshintergründer attraktiv wirken muß. Sie werden „links“, vor allem weil es ihre ethnischen Interessen begünstigt. In *Mit Linken leben* schrieb ich 2017 zusammen mit Caroline Sommerfeld ein Kapitel über „Linke und Rechte mit Migrationshintergrund“:

Hier geht es einfach um das Durchsetzen ethnischer Interessen gegen die autochthone Noch-Mehrheitsgesellschaft mithilfe der Rhetorik der Linken und des Multikulturalismus. Das ist dann nicht mehr »links« im eigentlichen Sinne, es ist aus der Perspektive dieser Migranten »identitäre« Politik, die von der deutschen Selbstabschaffungslust zu unterscheiden ist.

Demgegenüber steht eine zahlenmäßig kleinere, aber doch ins Gewicht fallende Zahl von Migranten,

die keineswegs die linke Ideologie teilen, die die Merkelsche Flüchtlingspolitik ablehnen, die Deutschland als Deutschland (und nicht als »Einwanderungsland«) aufrichtig lieben, die wissen, daß die Integrationspolitik gescheitert ist, und die sich nicht minder Sorgen um die Schulbildung ihrer Kinder machen, die sich eher mit der einheimischen Bevölkerung als mit beliebigen Zuwanderern solidarisch fühlen, die AfD und FPÖ wählen (wo sie, entgegen der linken Propaganda, durchaus willkommen sind), die wie wir angesichts des »Großen Austauschs« Trauer und Beklemmung empfinden, die PC-Bevormundung dämlich finden, die der »Lügenpresse« nicht mehr trauen und die es verabscheuen, sich von Linken als Trophäen und »Schutzbedürftige« vereinnahmen zu lassen, insbesondere von den Bobo- und Statuslinken.

Allerdings befindet sich auch diese Art Migranten oft in einem inneren Zwiespalt, denn ihnen wird nicht selten Verrat an der eigenen Abstammungsgruppe vorgeworfen. Etliche haben erhebliche Schwierigkeiten mit ihrer Identitäts- und Positionsbestimmung, spüren instinktiv, daß sie nie „ganz“ dazugehören werden. Und trotz ihres „Migrantenbonus“ riskieren sie ähnliche Brandmarkungen und Verschwefelungen wie Biodeutsche, wenn sie sich zu weit aus dem Fenster lehnen.

Ein Ausweg ist für manche die Flucht in eine Art farbenblinden Zentrismus, der sich zwar von der links aufgehetzten, migrantischen „Identitätspolitik“ distanziert, aber doch als Idealbild eine gemäßigt postnationale Gesellschaft vor Augen hat, in der ethnokulturelle Kollektividentitäten ein möglichst geringe Rolle spielen oder „Deutschsein“ einfach ein Bekenntnis zu liberalen Werten und westlichem Lebensstil bedeutet.

Gänzlich irrt Klonovsky hier:

Davon abgesehen, dass sie auch die von interessierter Seite gestreuten Rassismus-Bezichtigungen, von deren künftigem Anschwellen wir uns noch gar keinen Begriff machen, entkräften würden; man sehe nur, wie viele Schwarze und Latinos diesmal Trump gewählt haben.

Abgesehen davon, daß amerikanische Verhältnisse nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragbar sind: Das Thema wäre einen eigenen Artikel wert, und ich habe auf diesem Blog schon öfter darüber geschrieben. Nur so viel: Die Zukunft der Republikanischen Partei wird sich auf demographischem Weg entscheiden; während nicht alle Staaten, Städte und Bezirke mit überwiegend weißer Bevölkerung republikanisch wählen, so kippen doch all jene automatisch zu den Demokraten, die eine signifikant hohe nicht-weiße Bevölkerung haben oder gar eine nicht-weiße Mehrheit stellen.

Dazu empfehle ich, [diesen Artikel zu studieren](#): Trump hat unter Hispanics (18% der Bevölkerung), Asiaten (6%) und Schwarzen (13%) jeweils 4% mehr Stimmen bekommen als im Jahr 2016. Da die Wahlbeteiligung (so denn alles mit rechten Dingen zugegangen ist) auf beiden Seiten enorm hoch war, hat er auch in diesen Schichten in absoluten Zahlen hinzugewonnen. Aber: 88% der Schwarzen, 69% der Asiaten und 68% der Hispanics haben für Biden gestimmt. 12 republikanische Kandidaten seit 1964 haben Trump übertroffen, was den Anteil der schwarzen Stimmen

angeht, und ähnliches gilt für die Stimmen der Asiaten, die seit 1992 kontinuierlich nach links wandern. Auch der prozentuale Gewinn an hispanischen Stimmen, speziell in Florida und Texas, lag im Bereich des üblichen.

Die Republikanische Partei kämpft schon seit Jahren verbissen darum, „diverser“ zu werden, indem sie direkt nicht-weiße Bevölkerungsgruppen umwirbt. Gleichzeitig vernachlässigt sie ihre eigentliche Basis, grob gesagt die weißen Wähler im Flyover America zwischen Ost- und Westküste und jenseits der multiethnischen Ballungsräume. Diesen Fehler hat auch Trump gemacht, und er hat einen hohen Preis dafür gezahlt: Ausgerechnet unter weißen Männern (schätzungsweise 30% der Bevölkerung) hat er 5% der Stimmen verloren, wodurch er auch einige Staaten knapp verloren hat. Aus dem nicht-weißen Stimmenpool hat er im Endeffekt nur einen kleinen Bissen abgeknipst; 57% der weißen Stimmen gingen an ihn. Die weiße Bevölkerungsgruppe aber ist diejenige, die die amerikanische Nation gegründet und mit ihren Werten geschaffen und geprägt hat. Sie entspricht auf Europa übertragen den Stammdeutschen oder Stammfranzosen.

Es ist, wie Ann Coulter seit Jahren sagt: „The way Republicans win is by driving up the white vote.“ Trump hat sich um diese Gruppe nicht bemüht, wahrscheinlich, weil er sie für selbstverständlich hinnahm. Stattdessen ist er vor Minderheitengruppen quasi auf den Knien gerutscht und hat ihnen allerlei Nikolauspakete angeboten.

Das Problem ist, daß es die politische Korrektheit verhindert, daß Weiße als Gruppe mit eigenen Interessen angesprochen werden können, es sei denn in einer negativen Form als Träger des „strukturellen“ Rassismus. Das Äußerste, das die GOP hier tun kann, ist die Exzesse der „kritischen Rassentheorie“ als „Rassismus“ zu kritisieren, was ihr mit mäßigem Erfolg gelingt. Die Artikulation ethnischer Interessen wird Minderheiten vorbehalten (die ja als Rammbock gegen die noch-weiße Mehrheitsgesellschaft dienen sollen) und kann also nur indirekt und implizit erfolgen, etwa, indem man von bestimmten „Werten“ spricht.

Das gleiche Muster findet sich bei allen westlichen Populisten: Sie treten als „Staatsbürgernationalisten“ auf, weil es die Spielregeln nicht anders zulassen, ihr eigentlicher Appeal liegt allerdings in der Kanalisierung ethnokultureller Interessen, Identifikationen und Bedürfnisse. Wirtschaftliche Erwägungen, Sorge um „law and order“ und anderes spielt hier nur eine untergeordnete Rolle, denn sie sprechen eben nicht nur sozial und ökonomisch abgehängte „deplorables“ an. Wie Eric Kaufmann feststellt: „It's not the economy, stupid!“,

Es spricht nichts dagegen, wenn die AfD unter bestimmten Migrantengruppen Verbündete und Sympathisanten sucht. Dabei sollte es aber weder um die bloße „Optik“ gehen, um Rassismuskwürfe abzuschmettern, was erfahrungsgemäß ein aussichtsloses Unterfangen ist, noch sollte versucht werden, aus der AfD eine weitere Multikulti- oder Vielvölkerpartei zu machen, die den Bevölkerungsaustausch als unvermeidlich hinnimmt und ihn lediglich verlangsamen und ein wenig erträglicher regulieren will.

Das liefe auf nichts anderes hinaus, als Yascha Mounk aktiv dabei zu unterstützen, daß sein berüchtigtes „Experiment“ doch noch funktionieren kann. Mounk, der nach eigener Auskunft hart an einem Buch mit dem Titel „*The Great Experiment – How To Make Diverse Democracies Work*“ arbeitet, ist wohlgerne *kein* Linker, der sich unter der „multiethnischen Demokratie“ ein buntes, anarchisches Nebeneinander identitätspolitisch aktiver Kollektive vorstellt, sondern ein Schüler und Protegé des (freilich ziemlich nach links gerückten) neokonservativen Philosophen Francis Fukuyama. Fukuyamas Buch *Identität* beißt sich an genau diesem Dilemma die Zähne aus: Wie kann man einer allzu „divers“ gewordenen Gesellschaft wieder „verbindliche Grundlagen des Zusammenlebens“ beibringen, ohne ihre Liberalität und „die Demokratie“ zu opfern? Das ist das Kunststück, das er zu vollbringen vorschlägt:

Die Herausforderung für zeitgenössische liberale Demokratien angesichts der Zuwanderung und der wachsenden Vielfalt« bestünde im Zusammenspiels aus Integration, Assimilation und formender Anpassung, „um eine inklusive nationale Identität zu erschaffen, die der vielförmigen gesellschaftlichen Realität gerecht wird und Neuankömmlinge assimiliert.“

Klonovskys Argumentation läuft auf etwas ähnliches hinaus: Nun haben wir den Salat, nun sind sie halt da. Deutschland ist (immerhin: leider) ein Vielvölkerstaat geworden, und die Zukunft wird noch mehr vom selben bringen. Wir müssen uns damit abfinden, daß wir als Stammdeutsche allenfalls eine ethnische Gruppe unter anderen sein werden (wenn man es uns erlaubt). Jetzt brauchen wir nur noch eine gemeinsame Kultur, damit wir uns mit anderen ethnischen Gruppen auf verbindliche Grundlagen des Zusammenlebens einigen können. (Für eine gemeinsame Nation reicht es schon nicht mehr).

Es steht der AfD frei, diese Richtung zu verfolgen und einen entsprechenden Plan zu entwickeln, aber sie wird sich damit in die gleiche Sackgasse stellen wie alle anderen auch, die sich nicht mit utopischen Parolen über die wachsende Dysfunktionalität der multiethnischen „Gesellschaften“ hinwegtäuschen können oder wollen.

In *Mit Linken leben* schrieb ich:

Sehen wir jedoch den Tatsachen ins Gesicht: Bis zu einem gewissen Grad ist die ethnische Heterogenisierung der deutschen Bevölkerung nicht mehr rückgängig zu machen. Ob die Deutschen dennoch wieder ein Volk werden können, wird auch davon abhängen, wie viele Migrantenguten Willens sich zu patriotischen Positionen (bezogen auf das Land, in das sie eingewandert sind) bekennen werden.

So sehe ich das immer noch, aber es sollte klar bleiben, daß die AfD vorrangig dazu da ist, den Interessen einer bestimmten ethnischen Gruppe, nämlich den Deutschen eine Stimme zu geben.

Mag sein, daß Klonovsky dieses Türchen offengelassen hat, als er formulierte, die AfD solle eine „multiethnischere“ (statt: multiethnische) Partei werden.

Und ich meine hier natürlich jene Deutsche, die Deutsche sein und bleiben wollen. Also jene, die sich nicht nationalmasochistisch-pseudoweltbürgerlich auflösen, die noch Volk statt Bevölkerung sein wollen, und die mutig genug sind, persönlich dafür einzustehen oder diese Haltung zumindest durch AfD-Wahl zu bekräftigen.

Wenn die AfD eine wirkliche Alternative sein und ernsthaft das Nationalstaatsmodell verteidigen will, dann muß sie hier einhaken und die Frage nach dem Volk stellen und den ethnischen Volksbegriff verteidigen, der von der herrschenden politischen Klasse verfemt wird, um das ethnisch deutsche Volk selbst abzuschaffen.

Gibt es denn diesbezüglich unter den „Biodeutschen“ tatsächlich nichts mehr zu holen für die AfD, ist das Potenzial ausgeschöpft? Muß man nun bei anderen ethnischen Gruppen fischen, und mit welchem Köder?

Im Jahr 2016, als die Welt noch anders aussah, und man das Gefühl haben konnte, eine große „populistische Welle“ sei im Anrollen, schrieb Klonovsky anlässlich des Wahlsieges von Donald Trump ein paar Sätze, die ich gerne zitiere, weil sie den Geist dieser Zeit gut einfangen und ausdrücken, was damals für viele der wesentliche Impuls des Populismus war:

Wenn Globalisierung heißt, dass die Staaten zerfallen, dass die Völker entwurzelt und aufgelöst und die Kulturen verramscht werden, dann spucken wir auf sie. Wenn Globalisierung heißt, dass der Planet in die graue Tristesse der Diversity getaucht wird, dann pfeifen wir auf sie. Let's make the people, let's make the nations great again!

Vier Jahre später sind wir alle ein wenig nüchterner geworden. Aber soll es denn nun wirklich nur mehr darum gehen, erträglichere Abwicklungsprogramme einzufädeln, in der Hoffnung, daß sie besser funktionieren als die utopischen Vorhaben der Bundesregierung? Den Eindruck gewinne ich, wenn ich Klonovskys Ausführungen lese, und vielleicht tue ich ihm hier Unrecht.

Ansonsten fiele mir nicht ein, welches Angebot die AfD den diversen ethnischen Gruppen als Gruppen innerhalb Deutschland machen soll, damit sie von ihnen gewählt wird. Insgesamt profitieren diese eher von dem herrschenden System, wie es ist, die Assimilierbaren ebenso wie die Problembären. Wer sich nicht ohnehin im Nachteil sieht, wird sich kaum die Mühe machen, sich den Geächteten anzuschließen.

Ich denke, daß Klonovsky, der selbst eine multiethnische Familie hat, und mehr Kosmopolit und „anywhere“ als Patriot und „somewhere“ ist, an einem alten Traum einer Sezession der „Zivilisierten“ hängt, den ich ebenfalls in *Mit Linken leben* zitiert habe, weil ich ihn nicht unsympathisch finde und zumindest für bedenkenswert halte:

Klonovsky schlug gar eine »Zwei-Staaten-Lösung« für die Bundesrepublik vor: Im einen Staat sollen diejenigen leben, »die an Freiheit und an die »konventionelle« Familie glauben«, Sozialismus für Humbug halten und stattdessen auf Eigenverantwortung setzen, die sich von der Diktatur des Brüsseler Zentralkomitees befreit haben, »denen der Rechtsstaat so heilig ist, daß sie ihn mit Gewalt gegen jedermann durchsetzen, der ihn angreift«, die »einen weltoffenen Patriotismus pflegen«, »religiös tolerant sind, ohne sich ihre Traditionen wegdiskutieren zu lassen«, und nur Zuwanderer willkommen heißen, »die ihre Rechnungen selbst bezahlen wollen« und können. – »In den zweiten, den fortschrittlichen, emanzipierten, sozialistischen, »antirassistischen« Staat mag dann der Rest ziehen und, Gott befohlen, sehen wo er bleibt.«

(Acta Diurna, 30. November 2013).